

Finanzausschuss

Protokoll Nr. FINA/03/2013

über die öffentliche und nicht öffentliche Sitzung
des Finanzausschusses am 23.04.2013,
Rathaus, Sitzungszimmer 601

Beginn öffentlicher Teil : 19:30 Uhr
Beginn nicht öffentlicher Teil : 19:50 Uhr
Ende der Sitzung : 21:10 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Christian Conring

Stadtverordnete

Herr Dirk Langbehn
Herr Detlef Levenhagen
Herr Hartmut Möller
Herr Bela Randschau
Herr Michael Stukenberg

i. V. f. StV Griesenberg
beratend

Bürgerliche Mitglieder

Herr Dieter Brandt
Herr Werner Segelken-Voigt

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Reinhard Hampel
Herr Felix Leive

Seniorenbeirat, bis TOP 7
Kinder- u. Jugendbeirat, bis TOP 7

Sonstige, Gäste

Herr Rechtsanwalt und Notar Dr. Guido Tögel zu TOP 8 „Lindenhof“

Verwaltung

Herr Michael Sarach
Herr Horst Kienel
Frau Angelika Andres
Frau Angela Haase

Bürgermeister
Berichterstatter
FBL IV
Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Rolf Griesenberg

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Einwohnerfragestunde
- e n t f ä l l t -
3. Festsetzung der Tagesordnung
4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 01/2013 vom
26.02.2013
5. Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt
6. Verschiedenes
- 6.1 Genehmigung der Haushaltssatzung 2013
7. Kenntnisnahmen
- e n t f ä l l t

1. **Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Einwohner sind nicht anwesend.

2. **Einwohnerfragestunde**

- e n t f ä l l t -

Die Einwohnerfragestunde entfällt.

3. **Festsetzung der Tagesordnung**

Ausschussmitglied Möller fragt nach, warum der Tagesordnungspunkt „Grundstücksangelegenheit/Lindenhof“ nicht öffentlich beraten werden soll. Es werde nur ein Name genannt, ansonsten könne seines Erachtens der Sachverhalt öffentlich erörtert werden. Der Vorsitzende spricht sich im Vorfeld der Vertragsverhandlungen dafür aus, dies wie vorgesehen nicht öffentlich zu beraten.

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen der Behandlung des Tagesordnungspunktes „Grundstücksangelegenheit – Verkauf des Lindenhof-Grundstückes“ in nicht öffentlicher Sitzung gemäß § 46 Abs. 8 in Verbindung mit § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein mit der erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ausschussmitglieder zu. Dies gilt auch für die weiteren an TOP 8 sich anschließenden Tagesordnungspunkte.

Abstimmungsergebnis:

**4 dafür
2 dagegen
1 Enthaltung**

Der Finanzausschuss stimmt anschließend der mit Einladung vom 10.04.2013 versandten Tagesordnung zu.

4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 01/2013 vom 26.02.2013

Es werden keine Einwände gegen den öffentlichen und den nicht öffentlichen Teil der Niederschrift vorgetragen. Damit ist das Protokoll des Finanzausschusses insgesamt genehmigt.

5. Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt

Herr Kienel trägt die voraussichtliche Entwicklung der städtischen Finanzen zur Liquidität bis zur inklusive 21. KW (20.05.2013) vor. Der Finanzbericht Nr. 03/2013 ist als **Anlage 1** beigefügt.

Ferner berichtet er, dass dem Haushaltssoll 2013 bei der Gewerbesteuer derzeit ein Anordnungssoll von 23,67 Mio. € gegenüber steht. Damit ist das Anordnungssoll gegenüber Februar 2013 um rd. 0,73 Mio. € durch Erstattungen an Gewerbebetriebe gesunken. Dem Anordnungssoll 2013 steht ein Gewerbesteuer-IST in Höhe von rd. 7,24 Mio. € gegenüber.

6. Verschiedenes

6.1 Genehmigung der Haushaltssatzung 2013

Herr Kienel geht auf das Genehmigungsschreiben der Kommunalaufsicht beim Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein zum Haushalt 2013 ein.

Darin sieht der Innenminister die dauernde finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt gefährdet und hat vom Gesamtumfang der Verpflichtungsermächtigungen nur einen Teilbetrag von 10,0 Mio. € statt 15,331 Mio. € (- 5,33 Mio. €) genehmigt. Über die dadurch notwendigen Veränderungen hat die Stadtverordnetenversammlung am Vortag, dem 22.04.2013, im Rahmen der Vorlage Nr. 2013/051 debattiert und abschließend entschieden.

Hintergrund der Teilgenehmigung der Verpflichtungsermächtigungen ist insbesondere der Umfang der für 2014 und 2015 ausgewiesenen Kredite, wenn die Verpflichtungsermächtigungen 2013 in vollem Umfang durch Aufträge in Anspruch genommen werden und die Finanzplanung weiterhin diesen Bedarf ausweist. Verwaltung und Politik sind daher gehalten, das Kreditvolumen der Finanzplanung bis 2017 deutlich zu reduzieren oder gänzlich zu vermeiden.

Dem Innenminister wurde die Eröffnungsbilanz zum Stand 01.01.2009 vom März 2012 übermittelt. Die Jahresabschlüsse sind seit Umstellung der Haushaltsführung von der Kameralistik auf die Doppik offen. Dies ist unbefriedigend, für dieses Jahr wird der Abschluss 2009 und nach Möglichkeit 2010 angestrebt.

Der Innenminister hat zu den offenen Jahresabschlüssen ab 2009 angemerkt, dass er im Rahmen seiner Genehmigung zum Haushalt 2013 daher nicht auf gesicherte Erkenntnisse zur tatsächlichen Haushaltslage zurückgreifen kann. Allerdings sei es nicht ungewöhnlich, dass es bei Umstellung auf die Doppik zu Verzögerungen der Jahresabschlüsse komme.

Der Berichterstatter macht deutlich, dass die Jahresabschlüsse neben der üblichen Tagesarbeit von einem kleinen Team zu bewältigen seien. Schwerpunkt seien die Prüfung der Konten und die Führung der Anlagenbuchhaltung. Das Team sei 2013 mit Zeitziel 01.02.2014 auch durch die erforderliche SEPA-Umstellung gefordert und teilweise daher mit zwei Projekten neben den Tagesarbeiten belastet.

Im Hinblick auf die offenen Jahresabschlüsse ab 2009 wird vom Finanzausschuss der Personalbedarf hinterfragt. Herr Kienel äußert den Wunsch nach evtl. der Einrichtung von ein oder zwei temporären Stellen im Stellenplan für rd. zwei Jahre mit entsprechend qualifiziertem Personal (Betriebswirt/Betriebsbuchhalter). Der Bitte um personelle Unterstützung schließt sich der Bürgermeister an.

Der Vorsitzende plädiert dafür, kein zusätzliches Personal langfristig im Stellenplan zu verankern. Für den Abschluss der offenen Jahresabschlüsse spricht er sich für eine Unterstützung von ca. drei bis vier Personen für einige Monate aus, um die Jahresabschlüsse deutlich schneller zu erledigen. Der Berichterstatter weist darauf hin, dass die Jahresabschlüsse nacheinander beendet werden müssen. Dies gilt z. B. für die Frage, wann Anlagen im Bau beendet wurden. Der Finanzausschuss stellt fest, dass die offenen Jahresabschlüsse ab 2009 eine der Hauptaufgaben des Finanzausschusses der nächsten Legislaturperiode seien. Der Finanzausschuss bittet die Verwaltung, zur nächsten Sitzung – ggf. im Rahmen einer Vorlage – eine Zeitplanung einschl. Mittelbedarf für eine externe Unterstützung für die prüffähige Erstellung der Jahresabschlüsse ab 2009 vorzulegen. Ziel sollte es sein, den letzten dann fehlenden Jahresabschluss 2013 bis Mitte 2014 vorzustellen.

Der Bürgermeister blickt zurück auf die Debatte zum Stellenplan 2013 und erinnert, dass er eine zusätzliche Stelle für die Bearbeitung der Forderungen (Stundung, Niederschlagung und Erlass, Wertberichtigungen, etc.) erbeten habe. Durch diese intensivere Bearbeitung sei s. E. die Stelle zu 80 % gegenfinanziert. Im Hinblick auf die Absage an langfristig zusätzliches Personal im Rahmen der Stellenplandebatten weist er auch auf zusätzliche Aufgaben der Verwaltung hin. Z. B. wird künftig die Aufgabe der Überprüfung nach dem Geldwäschegesetz wahrzunehmen sein. Der Berichterstatter macht ferner deutlich, dass zusätzliches Personal in den vergangenen Jahren nicht die Kernverwaltung entlastet. Erinnert wird insbesondere an die Personalaufstockung nach dem Bau der Krippe Pionierweg und im Bereich der Kindertages-

stättenverwaltung.

Der Vorsitzende verweist auf die private Wirtschaft. Dort gebe es ebenfalls ein Mehr an Aufgaben, Personal werde dennoch abgebaut. Der Bürgermeister weist aber darauf hin, dass es sich bei den städtischen Aufgaben nicht um freiwillige Aufgaben handele.

Zur Ausführung der liquiden Mittel im Genehmigungsschreiben stellt der Berichterstatter klar, dass diese auf den Planzahlen beruht. Im Haushalt 2013 sei daher ein Anfangsbestand an Finanzmitteln von 4,3 Mio. € dargestellt. Tatsächlich lagen die liquiden Mittel Ende 2012 bei rd. 9,0 Mio. € – siehe auch Bericht über die allgemeine Finanzlage im Finanzausschuss, Protokoll Nr. 09/2012. Aktuell liegen die liquiden Mittel bei rd. 15 Mio. €.

Zur Finanzlage der Stadt ist auszuführen, dass die im Genehmigungsschreiben dargestellten Zahlen ebenfalls auf Basis der Planzahlen dargestellt sind. Herr Kienel äußert die Einschätzung, dass – würde die Stadt Ahrensburg zur Kameralistik zurückkehren – die dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt formal sofort wieder hergestellt wäre. Dennoch habe die Stadt die Konsolidierungsanstrengungen dringend fortzusetzen. Hierbei gehe es um eine Reduzierung der Aufwendungen, aber auch um einen Aufgabenverzicht.

Der Berichterstatter weist auch darauf hin, dass der Innenminister in der gegenwärtigen Finanzlage die Ausschöpfung der Ertragsmöglichkeiten anmahnt. Dies gelte für eine Anpassung der Steuerhebesätze, die Erhöhung des Kostendeckungsgrades bei der Volkshochschule und der Straßenreinigung sowie ggf. die Erhebung eines Entgeltes für die Nutzung von Sporthallen und die Erhöhung der Prozentsätze bei den Straßenausbaubeiträgen.

Im Genehmigungsschreiben wird ferner moniert, dass die bereinigten Auszahlungen 2013 deutlich über den im Haushaltserlass angegebenen 1 % liegen. Von den Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit sind Umlagen abzusetzen. Die bereinigten Auszahlungen 2013 erhöhen sich gegenüber 2012 dann um 2,5 Mio. €. Dies ist insbesondere auf einmalige Aufwendungen/Auszahlungen, wie die Schlossteichentschlammung oder die Dachsanierung der Kindertagesstätte Gartenholz zurückzuführen, aber auch auf steigende Personalkosten (letztere rd. 0,52 Mio. €). Ferner erhöhen sich die Zuschüsse an Kindertagesstätteneinrichtungen um rd. 300.000 €. Dieses wird in den Folgejahren noch weiter deutlich ansteigen.

Weiterhin enthält das Genehmigungsschreiben formale Hinweise. Der nicht veröffentlichte Runderlass vom 31.08.2012 wurde von der Verwaltung zu spät gesehen. Die Hinweise wurden punktuell noch in den Haushalt 2013 aufgenommen. Künftig wird dies in vollem Umfang beachtet. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass nicht für alle diese geforderten Vorgaben neue Muster bzw. Muster existent sind.

7. Kenntnisnahmen

- entfällt -

gez. Christian Conring
Vorsitzender

gez. Angela Haase
Protokollführerin